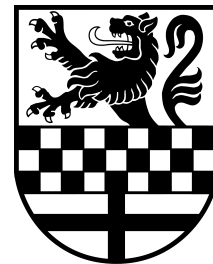


Amtliches Bekanntmachungsblatt

- Amtsblatt des Märkischen Kreises-



 **Südwestfalen**
Regionale 2013

Nr. 9	Ausgegeben in Lüdenscheid am 03.03.2010	Jahrgang 2010
-------	---	---------------

Inhaltsverzeichnis		
25.02.2010	Stadt Menden (Sauerland)	Wahl der Umwandlung der Katholischen Grundschule St.-Michael Schwitten, Teilstandort des Schulverbundes Lahrfeld / Schwitten, in eine Gemeinschaftsschule204
01.03.2010	Gemeinde Schalksmühle	I. Betriebssatzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ vom 01.03.2010204
01.03.2010	Stadt Menden (Sauerland)	Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Menden (Sauerland) am 09.03.2010208
24.02.2010	Stadt Menden (Sauerland)	Bekanntmachung.....208
24.02.2010	Stadt Menden (Sauerland)	Bekanntmachung.....209
26.02.2010	Stadt Menden (Sauerland)	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 191 „Karl-Becker-Straße“ der Stadt Menden (Sauerland) für den Bereich Zwischen Oberm Rohlande und Karl-Becker-Straße im Ortsteil Lendringens210

Wahl der Umwandlung der Katholischen Grundschule St.-Michael Schwitten, Teilstandort des Schulverbundes Lahrfeld / Schwitten, in eine Gemeinschaftsschule

Gemäß § 27 Abs. 3 und 4 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) in Verbindung mit § 8 der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Schulart von Grund- und Hauptschulen (Bestimmungsverfahrensverordnung – BestVerfVO) wird hiermit folgendes öffentlich bekannt gemacht:

Die St.-Michael Schule Schwitten, Teilstandort des Schulverbundes Lahrfeld Schwitten, ist eine katholische Grundschule. Nach § 27 Abs. 3 BestVerfVO ist eine bestehende Grundschule in eine andere Schulart umzuwandeln, wenn die Eltern eines Fünftels der Schülerinnen und Schüler der Schule dies beantragen und wenn sich anschließend die Eltern von zwei Dritteln in einem Abstimmungsverfahren dafür entscheiden.

Am Stichtag 10.01.2010 besuchten 94 Schüler die Kath. St.-Michael Schule. Es liegen 30 gültige Anträge für die Umwandlung vor. Damit war das Einleitungsverfahren erfolgreich.

Das Schulamt für den Märkischen Kreis hat am 11.02.2010 dieser Entscheidung zugestimmt.

In einem Abstimmungsverfahren entscheiden nun die Erziehungsberechtigten, deren Kinder am Stichtag (10. Januar 2010) die St.-Michael Schule besuchten, ob die katholische Schule in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt wird.

Die Erziehungsberechtigten haben für jedes Kind eine Stimme. Die Abstimmung wird geheim durchgeführt.

Das Abstimmungsverfahren über die beantragte Umwandlung der Katholischen St.-Michael Schule in eine Gemeinschaftsschule findet statt am

Montag, 08.03.2010,
in der Zeit von 9.00 – 12.00 Uhr,

Mittwoch, 10.03.2010,
in der Zeit von 9.00 – 12.00 Uhr und

Donnerstag, 11.03.2010,
in der Zeit von 16.00 – 18.00 Uhr

in der Kath. St.-Michael Schule Schwitten, Hochfuhr
20, 58706 Menden.

Menden, 25.02.2010

gez. Volker Fleige
Bürgermeister

Bekanntmachung der Gemeinde Schalksmühle

I.

Betriebssatzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ vom 01.03.2010

Aufgrund der §§ 7, 107 Abs. 2, 109 Abs. 1 Satz 1 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17.12.2009 (GV. NRW. S. 950), in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) vom 16.11.2004 (GV NRW. S. 644), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.12.2009 (GV. NRW. S. 963), hat der Rat der Gemeinde Schalksmühle in seiner Sitzung am 01.02.2010 folgende Betriebssatzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand und Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung

- (1) Gegenstand der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ ist der zentrale Ankauf sowie die zentrale Erschließung und Vermarktung von Wohn- und Gewerbegrundstücken in Schalksmühle.
- (2) Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ ist die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Wohnbaugrundstücken und der gewerblichen Wirtschaft mit ausreichend Gewerbeflächen für Neuansiedlungen und Unternehmenserweiterungen. Dabei ist es das Ziel, die notwendigen Grundstücke rechtzeitig und preisgünstig zu erwerben und die erschlossenen Flächen marktgerecht und zügig an die Interessenten zu veräußern.
- (3) Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung kann auch alle sonstigen die Betriebszwecke des Absatzes 2 fördernden Geschäfte tätigen. Der An- und Verkauf von Liegenschaften erfolgt unter Berücksichtigung der städtebaulichen Ziele der Gemeinde Schalksmühle.

§ 2

Organisationsform, Name der Einrichtung

- (1) Die Gemeinde Schalksmühle überträgt die unter § 1 genannten Aufgaben einem organisatorisch und wirtschaftlich eigenständigen Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, der Eigenbetriebsverordnung NRW und dieser Betriebsatzung. Dieses Sondervermögen wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Sinne des § 107 Absatz 2 der Gemeindeordnung NRW geführt.

- (2) Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung führt den Namen „Kommunalbetrieb Schalksmühle“.

§ 3 Betriebsleitung

- (1) Zur Leitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ wird ein Betriebsleiter / eine Betriebsleiterin bestellt. Diese Bestellung erfolgt durch den Rat der Gemeinde Schalksmühle. Der Stellvertreter des Betriebsleiters / der Betriebsleiterin wird vom Bürgermeister mit Zustimmung des Betriebsausschusses im Benehmen mit der Betriebsleitung bestellt.
- (2) Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ wird von der Betriebsleitung selbstständig geleitet, soweit nicht durch die Gemeindeordnung NRW, die Eigenbetriebsverordnung NRW oder diese Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Betriebsleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Dazu gehören alle Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung eines einwandfreien Betriebes laufend notwendig sind, insbesondere der innerbetriebliche Personaleinsatz und die Vorbereitung und der Abschluss von Verträgen.
- (3) Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ verantwortlich und hat die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Für Schäden haftet die Betriebsleitung entsprechend den Vorschriften des § 48 des Beamtenstatusgesetzes und § 81 des Landesbeamtenstatusgesetzes NRW.
- (4) Die Betriebsleitung hat den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die Betriebsleitung bereitet die Vorlagen für den Betriebsausschuss und den Rat vor und unterrichtet den Bürgermeister rechtzeitig über diese Vorlagen.

§ 4 Betriebsausschuss

- (1) Der Rat bildet für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung einen Betriebsausschuss. Er besteht aus 7 stimmberechtigten Ratsmitgliedern, die vom Rat nach den allgemeinen Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW gewählt werden.

- (2) Der Betriebsausschuss ist über alle wichtigen Angelegenheiten vom Bürgermeister oder der Betriebsleitung zu unterrichten.
- (3) Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“, die nicht zu den ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates und nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören, sondern ihm durch die Gemeindeordnung NRW, die Eigenbetriebsverordnung NRW oder diese Betriebsatzung übertragen sind. Dazu zählen insbesondere
 - a) Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen, wenn sie im Einzelfall 10.000,00 € übersteigen,
 - b) Vergabe von Aufträgen entsprechend den ortsrechtlichen Regelungen der Gemeinde Schalksmühle,
 - c) Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen gemäß § 15 Absatz 3 der Eigenbetriebsverordnung NRW,
 - d) Zustimmung zu Mehrausgaben gemäß § 16 Absatz 5 der Eigenbetriebsverordnung NRW, soweit sie im Einzelfall 5.000,00 € überschreiten,
 - e) Vorschlag an die Gemeindeprüfungsanstalt eine Wirtschaftsprüferin oder einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss zu benennen,
 - f) Entlastung der Betriebsleitung.
- (4) An den Beratungen des Betriebsausschusses nimmt die Betriebsleitung teil; sie ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, ihre Ansicht zu einem Punkt der Tagesordnung darzulegen.
- (5) Der Betriebsausschuss berät die Angelegenheiten vor, die vom Rat zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Bürgermeister mit dem Betriebsausschussvorsitzenden entscheiden. Ist der Bürgermeister Vorsitzender des Betriebsausschusses, kann der Bürgermeister mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Betriebsausschusses entscheiden. § 60 Abs. 1 Sätze 3 und 4 der Gemeindeordnung NRW gelten entsprechend.
- (6) In Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Betriebsausschusses unterliegen, kann, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, der Bürgermeister mit dem Ausschussvorsitzenden oder einem anderen, dem Rat angehörenden Mitglied des Betriebsausschusses entscheiden. § 60 Absatz. 2 Sätze 2 und 3 der Gemeindeordnung NRW gelten entsprechend.
- (7) Ist der Betriebsausschuss noch nicht gebildet, werden seine Aufgaben vom Hauptausschuss wahrgenommen.

§ 5 Rat

Der Rat entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung NRW, die Eigenbetriebsverordnung NRW oder die Hauptsatzung vorbehalten sind, insbesondere über

- a) die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes einschl. der Stellenübersicht,
- b) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Jahresgewinns oder Behandlung eines Jahresverlustes und die Entlastung des Betriebsausschusses,
- c) die Rückzahlung von Eigenkapital an die Gemeinde,
- d) die Aufstockung des Eigenkapitals,
- e) die Bestellung und die Abberufung der Betriebsleitung,
- f) Belastung von Grundstücken der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung mit Baulasten und Grunddienstbarkeiten,
- g) Erwerb und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
- h) die Wahl des Betriebsausschusses.

§ 6 Bürgermeister

- (1) Die Betriebsleitung hat den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten rechtzeitig zu unterrichten. Der Bürgermeister kann von der Betriebsleitung Auskunft verlangen.
- (2) Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der Bürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen. Dies gilt nicht für Angelegenheiten der laufenden Betriebsführung, die ausschließlich der Betriebsleitung unterliegen.
- (3) Glaubt die Betriebsleitung nach pflichtmäßigem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Bürgermeisters nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken der Betriebsleitung nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat sie sich an den Betriebsausschuss zu wenden. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Betriebsausschuss und dem Bürgermeister erzielt, so ist die Entscheidung des Rates herbeizuführen.

§ 7 Personalangelegenheiten

- (1) Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“.
- (2) Der Bürgermeister trifft auf Vorschlag der Betriebsleitung die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen unter Beachtung der jeweils gültigen Zuständigkeitsregelungen der Hauptsatzung der Gemeinde Schalksmühle.

- (3) Die bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ beschäftigten Bediensteten werden in den Stellenplan der Gemeinde aufgenommen und in der Stellenübersicht der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ vermerkt.

§ 8 Vertretung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung

- (1) In den Angelegenheiten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ wird die Gemeinde durch die Betriebsleitung vertreten, sofern die Gemeindeordnung NRW oder die Eigenbetriebsverordnung NRW keine andere Regelung treffen.
- (2) Die Betriebsleitung unterzeichnet im Rahmen ihrer Vertretungsberechtigung unter dem Namen „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses, die übrigen Bediensteten stets „Im Auftrag“. In den Angelegenheiten, die der Entscheidung anderer Organe unterliegen und in denen die Betriebsleitung mit der Vertretung beauftragt wird, ist unter der Bezeichnung „Der Bürgermeister - Kommunalbetrieb Schalksmühle -“ unter Angabe des Vertretungsverhältnisses zu unterzeichnen.
- (3) Verpflichtende Erklärungen gemäß § 3 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung NRW sind vom Bürgermeister oder seinem allgemeinen Vertreter und einem Mitglied der Betriebsleitung zu unterzeichnen. Bei Verhinderung der Betriebsleitung unterzeichnet deren Abwesenheitsvertreter. Die Unterschriftenformel trägt die Bezeichnung „Gemeinde Schalksmühle – Der Bürgermeister – „Kommunalbetrieb Schalksmühle““.
- (4) Der Kreis der Vertretungsberechtigten und der Beauftragten sowie der Umfang ihrer Vertretungsbefugnis werden von der Betriebsleitung öffentlich bekannt gemacht.

§ 9 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ sind die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im 3. Buch des Handelsgesetzbuches sinngemäß anzuwenden, soweit sich aus der Eigenbetriebsverordnung nichts anderes ergibt.

§ 10 Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. Das 1. Wirtschaftsjahr ist ein Rumpfwirtschaftsjahr vom 01.02.2010 bis 31.12.2010

§ 11

Vermögen, Schulden und Stammkapital

- (1) Die im Eigentum der Gemeinde Schalksmühle stehenden Grundstücke im Wohngebiet „Im Schlag“ und im neuen „Gewerbegebiet Heedfeld“ werden auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ übertragen. Das zu übertragende Vermögen wird mit 3.685.543,10 € (vorbehaltlich der Überprüfung der Eröffnungsbilanz) festgesetzt.
- (2) Es werden keine Verbindlichkeiten der Gemeinde Schalksmühle auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kommunalbetrieb Schalksmühle“ überführt.
- (3) Das Stammkapital der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung beträgt 100.000,00 €.

§ 12

Wirtschaftsplan

- (1) Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung hat spätestens 1 Monat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, der Stellenübersicht und Anlagen.
- (2) Mehrauszahlungen für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die den Ansatz im Vermögensplan um mehr als 5.000,00 € überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung des Bürgermeisters; der Betriebsausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.
- (3) Sind bei der Ausführung des Erfolgsplans erfolgsgefährdende Mindererträge zu erwarten, so hat die Betriebsleitung den Bürgermeister unverzüglich zu unterrichten. Erfolgsgefährdende Mehraufwendungen bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses, es sei denn, dass sie unabweisbar sind. Sind sie unabweisbar, so sind der Bürgermeister und der Betriebsausschuss unverzüglich zu unterrichten. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die des Bürgermeisters; der Betriebsausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 13

Zwischenberichte

Die Betriebsleitung hat den Bürgermeister und den Betriebsausschuss einen Monat nach Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

§ 14

Jahresabschluss

- 1) Für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ist ein Jahresabschluss aufzustellen, der aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang besteht.
- 2) Bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres ist der Jahresabschluss von der Betriebsleitung aufzustellen und über den Bürgermeister und den Betriebsausschuss dem Rat zur Feststellung vorzulegen.

§ 15

Personalvertretung

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung bleibt personalvertretungsrechtlich Teil der Dienststelle Gemeinde Schalksmühle, so dass der Personalrat der Gemeindeverwaltung Schalksmühle auch die Personalvertretung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung übernimmt. Es gilt das Landespersonalvertretungsgesetz NRW.

§ 16

Frauenförderung

Die landesgesetzlichen und kommunalen Vorgaben zur Frauenförderung gelten uneingeschränkt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Dies gilt auch für die Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten.

§ 17

In-Kraft-Treten

Diese Betriebssatzung tritt am 01.02.2010 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Änderungssatzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Änderungssatzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Änderungssatzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde Schalksmühle vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Schalksmühle, 01.03.2010

Der Bürgermeister
gez. Schönenberg



Am Dienstag, 09.03.2010 findet um 17.00 Uhr im Ratssaal des neuen Rathauses, Neumarkt 5, 58706 Menden, eine Ratssitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Kenntnissgabe eingegangener Anträge
 - 1.1. Anregungen und Beschwerden (Bürgeranträge)
 - 1.2. Anträge der Rats- und Ausschussmitglieder sowie der Fraktionen
 - 1.3. sonstige Anträge
2. Überweisung von Bürgeranträgen bzw. Anträgen der Rats- und Ausschussmitglieder sowie der Fraktionen an die Fachausschüsse oder deren unmittelbare Beratung im Rat
 - 2.1 Antrag auf Erstellung von Reintegrationskonzepten für fremduntergebrachte Kinder, Jugendliche und jugendliche Volljährige, Antrag vom 02.02.2010
- Antragstellerin: Frau Madeleine Trojandt, Baustraße 13a, 58706 Menden
3. Wahl eines / einer Beigeordneten
4. Besondere Projekte der Fachbereiche 2010
5. Antrag der Fraktion „Die Linke.“ auf Schaffung einer Begegnungsstätte für Obdachlose, Hilfsbedürftige und „sozial auffällige“ Mitbürger in der Mendener City
6. Errichtung einer weiteren offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) an der Rodenbergsschule, städt. Förderschule – Förderschwerpunkt Lernen
7. Vergünstigungen für JuLeiCa-InhaberInnen
-Antrag der Grün Alternativen Liste-Fraktion vom 10.03.2008

8. Tagesbetreuungsausbauplanung – Zwischenbericht
9. Überplanung der Unterstadt, Beschluss des Rates vom 25.08.1998
-Seniorenwohnen Menden,
Bdelschwingstraße
10. Konjunkturpaket II
10.1. Maßnahmenkatalog für das Konjunkturpaket II
11. Haushaltsplan 2010
-Einbringung der Dringlichkeitsliste
11.1. Ergänzungsdrucksache
12. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet Menden (Sauerland) vom 25.03.2004
13. Beteiligung: Kommunale Aktionärsvereinigung RWWE GmbH
-Erwerb aller Kommunalen Aktionärsgeschäftsanteile durch die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH
14. Beteiligung: Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Menden GmbH
-Änderung des Gesellschaftsvertrages – Anpassung an die gesetzlichen Vorschriften
15. Wirtschafts- und Haushaltsplan 2010 für den Stadtforst
16. Neufassung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadt Menden
17. Sachstandsberichte der Verwaltung
17.1 Sachstandsbericht Radwegeplanung
18. Mitteilungen und Anfragen
18.1. Mitteilungen
18.1.1. Haushaltssicherungskonzept 2010
- Entwurfsstand Februar 2010
18.2. Anfragen

Menden, 01.03.2010

gez. Fleige
Bürgermeister



Bekanntmachung

Gemäß § 3 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen werden für den Eigenbetrieb Städtische Saalbetriebe „Wilhelmshöhe“ der Kreis der Vertretungsberechtigten und der Be-

auftragten sowie der Umfang ihrer Vertretungsbe-
rechtigung wie folgt öffentlich bekannt gemacht:

Gemäß § 9 Abs. 1 der Betriebssatzung der Stadt
Menden (Sauerland) für den Eigenbetrieb Städti-
sche Saalbetriebe „Wilhelmshöhe“ wird die Stadt in
Angelegenheiten der Städtischen Saalbetriebe
durch die Betriebsleitung vertreten, sofern die Ge-
meindeordnung oder die Eigenbetriebsverordnung
keine andere Regelung treffen.

Vertretungsberechtigte:

Herr Klaus Schulte
Betriebsleiter (kaufmännischer Bereich)

Herr Thomas Höddinghaus
Betriebsleiter (technischer Bereich)

Weitere Vertretungsberechtigte und Beauftragte
sind nicht benannt.

Menden, den 24.02.2010

gez. Schulte
Betriebsleiter



Bekanntmachung

Gemäß § 3 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung für
das Land Nordrhein-Westfalen werden für die ei-
genbetriebsähnliche Einrichtung „Immobilien-
service Menden“ der Kreis der Vertretungsberechtigten und
der Beauftragten sowie der Umfang ihrer Ver-
tretungsberechtigung wie folgt öffentlich bekannt ge-
macht:

Gemäß § 9 Abs. 1 der Betriebssatzung für die ei-
genbetriebsähnliche Einrichtung „Immobilien-
service Menden“ (ISM) der Stadt Menden (Sauerland) wird
die Stadt in Angelegenheiten des Immobilienserv-
ices Menden durch die Betriebsleitung vertreten, so-
fern die Gemeindeordnung oder die Eigenbetriebs-
verordnung keine andere Regelung treffen.

Vertretungsberechtigte:

Herr Thomas Höddinghaus
Erster Betriebsleiter (technischer Bereich)

Frau Martina Poffhoff
Betriebsleiter (kaufmännischer Bereich)

Weitere Vertretungsberechtigte sind nicht benannt.

Menden, den 24.02.2010

gez. Höddinghaus
Erster Betriebsleiter



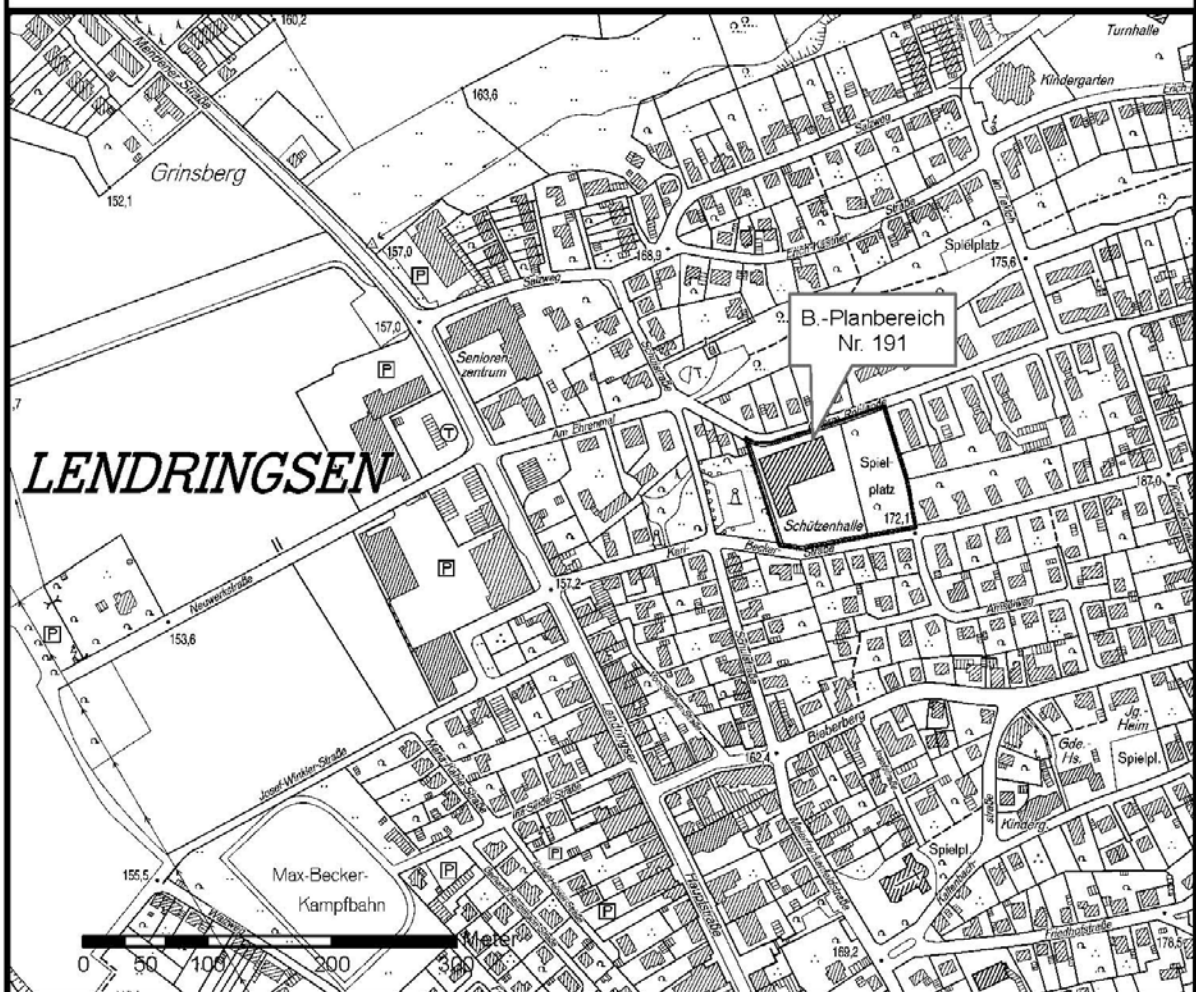
Bekanntmachung

Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 191 „Karl-Becker-Straße“ der Stadt Menden (Sauerland) für den Bereich zwischen Oberm Rohlande und Karl-Becker-Straße im Ortsteil Lendringsen

- Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 (1) BauGB
- Bekanntmachung der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen der Stadt Menden hat in seiner Sitzung am 25.02.2010 den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB für den Bebauungsplan Nr. 191 „Karl-Becker-Straße“ für den Bereich zwischen Oberm Rohlande und Karl-Becker-Straße in Lendringsen für das im Übersichtsplan dargestellte Plangebiet gefasst sowie den Beschluss über die Art und Weise der Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB beschlossen.

Übersichtsplan zum Bebauungsplan Nr. 191 "Karl-Becker-Straße"



Der Bürger-Schützenvereins Lendringsen 1857 e.V. beabsichtigt, die bestehende Nutzung einer Schützenhalle am Standort Karl-Becker-Straße aus finanziellen Gründen aufzugeben. Als Folgenutzung ist eine Wohnbebauung vorgesehen.

Die Flurstücke sind laut verbindlichem Flächennutzungsplan der Stadt Menden als Wohnbaufläche dargestellt und liegen im Geltungsbereich des Durchführungsplans Nr. 1 C-D der Gemeinde Lendringsen, der diesen Bereich bezüglich der Art der baulichen Nutzung als "Fläche des öffentlichen Bedarfs" (heute als Gemeinbedarfsfläche zu verstehen) festsetzt. Bei diesem Bebauungsplan handelt es sich um einen einfachen Bebauungsplan im Sinne des § 30 (3) BauGB. Die Zulässigkeit von Vorhaben richtet sich demnach nach § 30 (3) i. V. m. § 34 (1) BauGB. Die mit einer Wohnnutzung beabsichtigte Folgenutzung dient nicht dem öffentlichen Gemeinbedarf. Daher besteht gemäß § (3) BauGB ein Planerfordernis für die Aufstellung eines Bebauungsplans.

Nach einem privaten Hinweis handelt sich bei dem Standort der Schützenhalle um eine Altlastenverdachtsfläche. Dass Aufschüttungen vorgenommen wurden, um das Gelände für den Bau der Schützenhalle einzuebnen, ist am Geländeverlauf gegenüber dem übrigen Geländeverlauf entlang der vorhandenen Erschließungsstraßen ablesbar. Dem Hinweis wurde bereits dahingehend nachgegangen, dass im Altlasten- bzw. Altlastenverdachtskataster des Märkischen Kreises keine diesbezügliche Darstellung vermerkt ist. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist der Standort gutachterlich zu untersuchen.

Der östlich angrenzende Kinderspielplatz Karl-Becker-Straße ist mit einer Fläche von 3.514 m² im Kinderspielplatzplan der Stadt Menden gesichert. Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens soll der Kinderspielplatz einschließlich des vorhandenen Bolzplatzes planungsrechtlich gesichert werden.

Nach Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen vom 25.02.2010 soll nun die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB durchgeführt werden.

Der Änderungsvorentwurf nebst den Vorentwürfen der Begründung und des Umweltberichts liegen in der Zeit

vom 05.03. bis einschließlich 02.04.2010

zu jedermanns Einsicht bei der Stadt Menden, Abteilung Planung und Bauordnung, Neumarkt 5, 3. Obergeschoss, Flurzone C, Zimmer 332, 336 und 337, während der Dienststunden montags bis freitags vormittags von 8.15 bis 12.30 Uhr und nachmittags montags bis mittwochs von 14.30 Uhr bis 16.00 Uhr sowie donnerstags zusätzlich von 14.30 bis 17.30 Uhr öffentlich aus. Es wird darauf hingewiesen, dass der 02.04.2010 Karfreitag ist.

Während der Auslegungszeiten können von jedermann Anregungen zu dem Vorentwurf schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Während der Dienststunden ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Menden, 26.02.2010
Der Bürgermeister
(In Vertretung)

(Hamer)
Stadtkämmerer

Herausgeber: Märkischer Kreis – Der Landrat, 58509 Lüdenscheid, Postfach 2080. Einzelexemplare sind bei den Stadtverwaltungen im Kreis, bei der Kreisverwaltung Lüdenscheid und im Internet unter www.maerkischer-kreis.de kostenlos erhältlich; auf fernmündliche oder schriftliche Anforderung werden Einzelexemplare zugesandt. Das Bekanntmachungsblatt erscheint wöchentlich.